

Basel und die Europa-Bewegung

Autor(en): Hans Bauer
Quelle: Basler Stadtbuch
Jahr: 1971

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/e30badd-3931-4c6a-b7b7-f810353103f7>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Basel und die Europa-Bewegung

Von Hans Bauer

Basel war stets eine europäische Stadt: im «Heiligen Römischen Reich» freie Reichsstadt, machtvolles Geistes- und Kulturzentrum im Spätmittelalter, «Weltzentrum des Buchdruckes» seit der Mitte des 15. Jahrhunderts, als Konzilstadt 1431–1449 im «Mittelpunkt der Christenheit» (wie sich Papst Pius II. ausgedrückt hat), Brückenstadt seit dem Bau der Rheinbrücke 1225 an einer der bedeutendsten Wegkreuzungen Europas. Basels Bürgermeister Wettstein war es, der nach dem Dreißigjährigen Krieg mit Initiative und viel Geschick die völkerrechtliche Anerkennung der Eidgenossenschaft erwirkte und damit dem Bund seinen unbestrittenen Platz, der Stadt zugleich neue Perspektiven im europäischen Staatengefüge zu sichern vermochte. Politisch anspruchslos seit der Ablösung der Bischofsstadt durch die Zunftstadt, die sich mit dem Anschluß an die Eidgenossen zum «Stillsitzen» verpflichtet hat, ist Basel um so mehr als Universitätsstadt, als Zentrum von Handel und Industrie im Mittelpunkt seiner drei Länder umfassenden Region und seiner kontinental und weltweit orientierten Wirtschaft eine ausgesprochen europäische Stadt, heute wie vor Jahrhunderten. Ihre Lage, ihre Struktur, ihre lebendige Gegenwart, befruchtende Vergangenheit und klug geplante Zukunft bestimmen sie dazu.

Es ist kein Zufall, daß gerade hier, wo man die Tragik der von nationalen Souveränitäten ausgelösten Kriegskatastrophen unmittelbar vor Augen, den Schlachtenlärm jahrelang in den Ohren hatte und den Wahnsinn der Schlagbäume mitten durch die moderne Schicksalsgemeinschaft der Völker in nächster Nähe erlebte, der Gedanke eines europäischen Bundes nach dem Ersten Weltkrieg besonders lebendig war. Er manifestierte sich in Publikationen und Organisationen. So ist 1926 ein «Europäerbund» gegründet worden, der eine Zeitschrift unter dem Namen «Europäer-Blätter» und 1930 das Buch «Das Bekenntnis der Europäer» erscheinen ließ. Eine andere Gruppe nannte sich zusammen mit Gleichgesinnten in der Westschweiz und in Belgien «Jung Europa», in Erinnerung an Mazzinis 1834 in Bern gegründete republikanische Bewegung. Als starke Anregung von außen fand der Paneuropa-Kongreß, der

im Oktober 1930 von Richard Graf Coudenhove-Kalergi nach Basel einberufen wurde, in unserer europäischen Stadt den richtigen Resonanzboden. Mit Sympathie und tätiger Hilfe empfing Basel die aus vielen Ländern Europas eintreffenden Kongreßteilnehmer. Mit ihnen zusammen wollte man versuchen, die ein Jahr zuvor allenthalben von den Völkern mit Enthusiasmus und großen Hoffnungen begrüßte Europa-Initiative Aristide Briands nicht als einen Ruf in der Wüste verhallen zu lassen. Wenn sich die Staaten mit einem «Studienkomitee für die Europäische Union» und mit dessen nichtssagender Resolution begnügten, so mußten neue Initiativen in den Völkern ergriffen werden. Der Basler Kongreß wollte nach dem Fiasko der Regierungsaktion direkt an die Völker appellieren.

Der Gedanke, daß Millionen Menschen der Idee der Einigung Europas zugänglich seien, auch wenn die Mitgliederzahl der Pan-europabewegung nur einige Tausend betrage, war zweifellos richtig. Zum Appell an diese unbekanntenen Millionen Europäer ermutigte die Erkenntnis von C. G. Jung: «Die großen Ereignisse der Weltgeschichte sind im Grunde genommen von tiefer Belanglosigkeit. Wesentlich ist in letzter Linie nur das subjektive Leben des Einzelnen. Dieses allein macht Geschichte, in ihm finden alle großen Wandlungen zuerst statt, und alle Zukunft und alle Weltgeschichte stammen als ungeheure Summation doch zuletzt aus diesen verborgenen Quellen der Einzelnen. Wir sind in unserem privatesten und subjektivsten Leben nicht nur die Erleider, sondern auch die Gestalter unserer Zeit. Unsere Zeit – das sind wir.»

In Basel fand sich sofort ein Kreis von Personen, die dem Appell des Kongresses ein nachhaltiges Echo in einer Volksbewegung sichern wollten. Am Gedenktag der Übergabe des Europa-Memorandums durch Aristide Briand, der fortan als Europa-Tag gelten sollte, am 17. Mai 1933, traten sie zum erstenmal mit einer programmatischen Veranstaltung im Großen Musiksaal des Stadtcasinos vor die Öffentlichkeit. Der Beginn des «Dritten Reiches» im Januar, die Anmaßung Hitlers, die Völker in ein «Neues Europa» nach seiner Façon zwingen zu wollen, hatte die Gemüter in

Basel gewaltig erregt. So wurde die Feier zum Europa-Tag als eine Gegenkundgebung empfunden, zu der sich die Bevölkerung in hellen Scharen einfand.

«Vaterland und Völkergemeinschaft» war das Thema des vortragenen Manifestes. Dem nationalistisch-rassistischen Anspruch auf Beherrschung Europas wurde die Notwendigkeit föderativen Zusammenschlusses der durch Technik und Wirtschaft zu enger Schicksalsgemeinschaft verbundenen Staaten gegenübergestellt. Die Schweiz als repräsentatives Beispiel engster Bindung der nationalen Existenz an die vor allem wirtschaftliche Interdependenz der Völkergemeinschaft wurde als Modell für die Verwirklichung der europäischen Idee einer Weltordnung programmatisch dem Machtgedanken des Weltimperiums entgegengestellt. Das eidgenössische Prinzip der Vereinigung von Volksteilen verschiedener ethnischer Herkunft, mit verschiedener Sprache, verschiedenem Glauben, verschiedener kultureller Eigenart als konstituierenden Elementen in einem Bundesstaat eigenen Gepräges im Kreise der Nationen ist immer wieder als ein europäisches Ideal gepriesen worden, dem Victor Hugo mit den Worten Ausdruck verliehen hat: «La Suisse dans l'histoire aura le dernier mot.» In diesem Sinne wurden die in der Schweiz auftretenden Trabanten des Nationalsozialismus beim Wort genommen. Ihr Losungswort hieß «Erneuerung» – man wollte es verstanden wissen im Geist der Werte, die Europas Kultur zugrundelagen: der von der Antike entwickelten Idee der Individualfreiheit und der christlichen Idee der Menschenliebe. «In diesem Geist die Volksgemeinschaft im Vaterland zu vertiefen und die Völker in Europa zum Bund als Teil einer unentwegt zu erstrebenden Weltordnung zu vereinigen, ist eine große geschichtliche Aufgabe, an deren Erfüllung mitzuwirken wir als Schweizer durch unseren eigenen Staatsgedanken ebenso wie durch unser elementares Selbsterhaltungsinteresse berufen sind.»

Das Echo dieser ersten Manifestation, der im Herbst eine weitere unter dem Titel «Wahneuropa oder Paneuropa?» folgte, äußerte sich in Hunderten von Beitrittserklärungen zur Europa-Bewegung, die begeistert «mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der

Waffen» des im Norden, Süden und Osten immer gewaltiger drohenden Krieges zu kämpfen entschlossen war.

Von Basel aus wurden Kontakte mit anderen Städten gesucht, Gruppen gebildet und große Veranstaltungen durchgeführt, vor allem in Bern, Zürich, Winterthur, St. Gallen und in Luzern, wo die Europa-Bewegung als erste im eben eröffneten Kunsthaus zu Worte kam. Es zeigte sich allerdings, daß die Organisation mit weitem Mitgliederkreis nicht im Rahmen der von Wien aus geleiteten Paneuropa-Union möglich war. Als Ergänzung zu Paneuropa sollte eine neue Organisation gegründet werden; beide sollten nach gemeinsamem Programm, aber mit verschiedenen Methoden auf ein gemeinsames Ziel hin arbeiten. Dieser Gedanke fand Anklang bei den «Jung-Europa»-Gruppen in der Schweiz und im Ausland, die sich mit den Initianten der Manifestationen in Basel und ihren bereits in verschiedenen Städten organisierten «Paneuropa»-Gruppen zusammenfanden. Am 24. Juni 1934 ist auf dieser Basis in Basel die «Europa-Union, Schweizerische Bewegung für die Einigung Europas» gegründet worden, die sogleich in der ganzen Schweiz Anklang fand. Heute wirkt sie unter dem Namen «Europa-Union, Europäische Bewegung in der Schweiz» als Glied einer das freie Europa umspannenden Aktion für die Weiterentwicklung europäischer Zusammenarbeit mit dem unverrückbaren Ziel der europäischen Föderation.

Mit einer eindrucksvollen Feier fand die Konstituierung in Basel statt, zwei Jahrzehnte nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges, mitten in der Weltkrise, die das seit 1918 durch 20 000 Kilometer neue Landesgrenzen aufgesplitterte Europa am härtesten traf und ganze Staaten in ihren Grundfesten erschütterte. In einem eindringlichen Appell wandte sich die Europa-Union an die schweizerische Öffentlichkeit, über alle Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten hinweg für die Erhaltung und Sicherung der Schweiz in eine «europäischen Eidgenossenschaft» einzutreten: für europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit Zoll- und Währungsunion, für europäische föderative Staatenverbindung mit Exekutivgewalt zur gemeinsamen Sicherung und Förderung der nationalen Eigenart in der

Mannigfaltigkeit der europäischen Kultur. Wohl schwand angesichts der Machtentfaltung des Nationalsozialismus in Deutschland die Hoffnung, daß die Staatssouveränitäten ohne die Lektion eines ihre Ohnmacht demonstrierenden Krieges auch nur ein Jota von ihrem Geltungsanspruch an eine Föderation europäischer Rechtsstaaten abgeben würden. Aber die Gewißheit, daß die Idee ihre Lebenskraft bewahren und bewähren werde, hat nach dem Zweiten Weltkrieg eindruckliche Bestätigung erfahren.

Die konstituierende Versammlung in Basel wählte als Mitglieder des ersten Zentralvorstandes: Dr. Hans Bauer, Zentralpräsident, Hermann Aepli, Zentralsekretär, Dr. Adolf Gasser, alle drei in Basel, Professor Dr. E. Gsell, St. Gallen, Willy Helbling, Zürich, Heinrich Schieß, Zürich, Hermann Siegrist, Winterthur, Theodor Tobler, Bern. Das Kollegium wurde in der Folge erweitert entsprechend der Ausdehnung der Bewegung über das ganze Land hin und in die verschiedensten Berufskreise hinein. Geblieben ist aber das Basler Zentralpräsidium während dreier Jahrzehnte und, mit Unterbrechungen mit Rücksicht auf das Domizil des jeweiligen Sekretärs, der Sitz des Zentralsekretariates in Basel.

Basel hat als Stadt der Europabewegung in den fünf Jahren bis zum Kriegsausbruch noch manche große Kundgebung für den Europagedanken erlebt, und viel internationale Prominenz hat sich jeweils am 11. November, am Gedenktag des Waffenstillstandes 1918, zum «Tag der Völkerverständigung» eingefunden. Begrüßt vom Vertreter der Basler Regierung haben Exponenten des politischen Lebens, Angehörige verschiedener Parteien an dieser Tagung im Gründungsjahr der Europa-Union an einer groß aufgezogenen Veranstaltung ihre Stimmen gegen den immer ungestümer verkündeten Kriegs- und Rassenwahn erhoben.

In Basel wurde unter dem Eindruck des neu wuchernden internationalen Waffenhandels die Idee einer die Beteiligung der Schweiz beschränkenden Verfassungsartikels konzipiert. Der Basler Tag der Völkerverständigung 1935 leitete diese Willenskundgebung ein, indem von der Europa-Union eine Volksinitiative mit dem vom emeritierten Präsidenten des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes

in Luzern, Fürsprech J. Albisser, juristisch bereinigten Text lanciert wurde. Durch einen erweiterten Artikel 41 der Bundesverfassung sollten Rüstungsindustrie und Waffenhandel über die Schweizer Grenzen einer strengen Bundeskontrolle und Bewilligungspflicht unterstellt werden. Die Initiative fand Anklang und tatkräftige Unterstützung, so daß sie eingereicht und von der Bundesversammlung beförderlich behandelt werden konnte. Einem nur wenig vom Text des Volksbegehrens abweichenden Gegenentwurf konnte sich die Europa-Union anschließen, und am 20. Februar 1938 wurde der neue Verfassungsartikel in allen Kantonen mit großer Mehrheit angenommen.

Die Zeitverhältnisse geboten, daß der Europagedanke immer wieder als Friedensgedanke abgewandelt wurde. Besonders eindrücklich war in dieser Beziehung die Basler Rede von Thomas Mann am 11. November 1934, in der die enge Verbindung der Idee des Friedens mit den anderen unveräußerlichen menschlichen und abendländischen Ideen der Wahrheit, der Freiheit und des Rechtes betont und dem totalen Krieg jede geschichtsbildende Kraft abgesprochen wurde. Thomas Mann nannte die Schweiz eine «Vorwegnahme Europas, wie es bei einem glücklichen Gang der Dinge in Zukunft einmal aussehen soll. Wenn gerade in diesem Lande eine Volksbewegung erstarren könnte, welche die im weitesten und menschlichsten Sinne demokratischen Ideen, die Ideen des Friedens und der Freiheit, zu verfechten und zu verbreiten entschlossen ist, sie wahrhaft zu ihrem Willens-Zentrum macht und dem stumpfen, der Katastrophe entgegensehenden Fatalismus den klaren, menschlichen Willen eines Volkes entgegensetzt, sie abzuwenden — so könnte das für alles Gute in der Welt eine starke Stütze, einen mächtigen Auftrieb und zur Rettung der Kultur Entscheidendes beitragen . . . Man sagt wohl, der Künstler, der Dichter habe es nicht nötig oder tue wohl gar Unrecht, sich in die Welt Dinge einzumischen und Meinungen zu propagieren; aber wenn die Kultur selbst in Frage gestellt ist, hat es keinen Sinn, im Kulturellen zu arbeiten, ohne auch bereit zu sein, für sie zu zeugen und für sie seinen Mann zu stehen. Es darf sich keiner diesem Ruf entziehen,

damit er nicht, wenn das Grauen hereinbrechen sollte, sich sagen muß: Du hast gefehlt, als es galt, zu warnen.» Seit diese Worte gesprochen wurden und seit die Schweiz «im Wüten Europas gegen sich selbst» noch einmal davongekommen ist, haben sie an Aktualität gewonnen.

Noch manche europäische Stimme war an den Basler Tagungen der Europa-Union zu vernehmen: der Friedensnobelpreisträger Professor Ludwig Quidde, der Dichter Fritz von Unruh, der vormalige und spätere Außenminister Italiens, Graf Carlo Sforza, der französische Luftfahrtexperte des Völkerbundes, Henri Bouché, der belgische Senator Minister de Brouckère, um nur einige Beispiele zu nennen. Auf den Basler Besuch des britischen Politikers Lord Davies, des Gründers der New Commonwealth-Bewegung, folgte die Verbindung der Europa-Union mit dieser in 42 Ländern vertretenen Organisation. Ihr lag der Gedanke der Lösung von Konflikten zwischen Staaten im Rahmen einer Rechtsordnung zugrunde, deren Respektierung durch das Macht- und Waffenmonopol einer übergeordneten Bundesinstanz erzwungen werden kann. Die konkreten Vorschläge lauteten: 1. Errichtung eines Schiedsgerichtshofes, mit der Kompetenz, alle den Weltfrieden bedrohenden Streitigkeiten nach Recht und nach Billigkeit zu behandeln, und 2. Bildung einer hinreichend ausgerüsteten internationalen Polizeimacht zur Verhinderung von Angriffen im Dienste der Bundesbehörde und zur Durchsetzung ihres Willens bzw. der Schiedsgerichts-Entscheidungen.

Die regelmäßig in den größten Sälen des Stadtcasinos und der Mustermesse durchgeführten Veranstaltungen standen je länger je mehr im Schatten der wachsenden Kriegsgefahr. «Warum Krieg?» war auch das Thema eines Vortragszyklus des Zentralpräsidenten der Europa-Union im Radio, der weit über die Landesgrenzen hinaus ein Echo fand.

Es konnte natürlich nicht ausbleiben, daß der Europabewegung wie allen internationalen Bestrebungen in der Schweiz auch Neutralitätsbedenken entgegengehalten wurden. Ihnen begegnete die Europa-Union wiederum von Basel aus im Frühjahr 1938 mit dem

wohlmotivierten Bekenntnis zu «Neutralität und Solidarität», eine Formulierung, die nach dem Krieg der Chef des Politischen Departementes im Bundesrat sozusagen als Leitmotiv der schweizerischen Außenpolitik übernommen hat.

Auch ein negatives Echo hatte die in Basel erhobene Stimme, indem das hier veröffentlichte Organ der Europa-Union, «Der Europäer», schon im Frühjahr 1935 in Deutschland verboten wurde. Das Tyrannenregime duldete keinen Widerspruch und begnügte sich in der Folge nicht damit, der ganzen Schweizerpresse den Zugang zu seinem Machtbereich zu verbieten. Es versuchte vielmehr, das freie Wort in der Schweiz selbst zum Verstummen zu bringen, indem es unter Drohungen ständig die Schweizer Presse anklagte, die Neutralität des Landes zu verletzen und die Beziehungen zu Deutschland zu vergiften. In Wirklichkeit durchkreuzten Informationen und Kommentare der Schweizerpresse die nationalsozialistische Propaganda in der Schweiz, die zu ihrer Verteidigung ihr eigenes Weltbild nötig hatte und darum jegliche Gesinnungsneutralität von sich wies.

Die weiterhin von Basel aus geleitete Tätigkeit der Europa-Union während des Zweiten Weltkrieges stand im Zeichen der Vorbereitung auf die Nachkriegszeit. Das Schwergewicht lag nun weniger bei großen Manifestationen als bei Publikationen. In Leitsätzen wurde das Programm näher umschrieben und präzisiert. Bücher wie «Von der schweizerischen zur europäischen Föderation» und «Kampf um Europa» ergänzten die Monatsschrift. Der in Basel lebende Staatsrechtler Prof. Dr. W. Hoegner, der nach dem Krieg in die bayrische Regierung berufen wurde, formulierte als Experte der Europa-Union einen europäischen Verfassungsentwurf, wie ihn später in neuer Fassung der Basler Professor für öffentliches Recht, Dr. Max Imboden, vorlegte. Unter der Hand wurden von Basel aus immer wieder Fäden ins Ausland gesponnen. Das Zentralsekretariat wurde damals und noch Jahre nach dem Krieg von H. G. Ritzel geführt, dem früheren Völkerbundsbeamten bei der Saarregierung und nach dem Saarplebiszit in Basel niedergelassenen ehemaligen Reichstags- und späteren Bundestagsabgeordneten.

Natürlich kam es auch vor, daß ehemals begeisterte Mitglieder der Europa-Union, durch den Krieg entmutigt, der Bewegung den Rücken kehrten, denn das Durchhalten ohne kurzfristige Erfolge ist nicht jedermanns Sache. Aber das Durchhalten derer, die sich ohne Illusionen vom Zeitmaß eines historischen Prozesses Rechenschaft gaben, hat sich gelohnt. Nach dem Krieg ging ihre Saat auf. Schon bald konnten Anhänger der Europaidee, die durch die Katastrophe in ihrer Überzeugung gefestigt worden waren, aus verschiedenen Ländern nach Basel kommen und anschließend in Herenstein das Programm der nun zu gründenden «Union Européenne des Fédéralistes» bereinigen. Äußerst rege Kontakte entwickelten sich, für die sich während Jahren der Basler Schriftsteller Dr. Ernst von Schenck, zeitweise geschäftsführender Vizepräsident der Europa-Union, mit großer Hingabe erfolgreich einsetzte.

Ein spektakuläres Ereignis war der Beginn der Verwirklichung des Europa-Gedankens in der praktischen Nachkriegspolitik, als in der niederländischen Residenz Den Haag am 8. Mai 1948 Winston Churchill den Europakongreß der 800 Delegierten eröffnete, unter denen sich ein starkes Kontingent der schweizerischen Europa-Union befand. Schon während des Krieges hatte Churchill am Radio und 1946 in Zürich zur Einigung Europas aufgerufen. Jetzt erhoben sich 800 Stimmen aus allen Ländern Mittel- und Westeuropas zur konkreten Forderung nach der Institution einer europäischen Parlamentarierversammlung, die schon ein Jahr später Wirklichkeit wurde, als in Straßburg der Europa-Rat zusammentrat. Die weiteren Postulate — Gerichtshof zum Schutz der Menschenrechte und Europäisches Kulturzentrum — hatten ebenfalls Erfolg. Aus dem Kongreß aber ging die gemeinsame Europa-Bewegung aller europäischen Organisationen hervor, die heute von Professor Walter Hallstein präsiert wird und in der die Schweiz durch die Europa-Union vertreten ist.

Die weiteren Konkretisierungen sind bekannt. Im Anschluß an den Marshallplan entstand 1948 die OEEC, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas, die innerhalb eines Jahrzehnts den freien Austausch von Gütern und die Befreiung des

Reiseverkehrs von Devisenschranken in Europa weitgehend verwirklicht und mit der Europäischen Zahlungsunion zur Konvertierbarkeit der Währungen übergeleitet hat. Die Schweiz hat durch ihre Mitgliedschaft aktiv und mit vollem Nutzen für ihre Wirtschaft am Wiederaufbau Europas mitgewirkt. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl tat den ersten Schritt zur wirtschaftlichen Integration Europas mit supranationalen Befugnissen. Ihre sechs Mitgliedstaaten erweiterten den Zusammenschluß zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit ihren Behörden in Brüssel und zur Europäischen Atomenergie-Gemeinschaft Euratom. Frankreich verhinderte die Bildung einer großen Freihandelszone um diesen Kern, so daß die Schweiz zusammen mit sechs bzw. sieben Staaten die vorläufige Lösung in einer Europäischen Freihandelszone fand, gedacht als Vorstufe zu einem größeren, 1970 wieder aktuell gewordenen Zusammenschluß.

Alle diese Schritte auf dem Weg zur Einigung Europas wurden beschleunigt durch den östlichen Druck auf Europa, der stets das unverkennbare Leitmotiv der Moskowiter Politik war und in Ereignissen wie der gewaltsamen sowjetischen Unterdrückung der Freiheitsregungen in Ungarn und später in der Tschechoslowakei akut in Erscheinung trat. In Basel lösten solche Gewaltstreiche Manifestationen der Europa-Union aus, die der Bewegung neue Freunde zuführten. Da die Schweiz aber immer noch zögerte, dem Europa-Rat vor Ablauf eines Jahrzehnts ebenfalls beizutreten oder gar den grundsätzlichen Fortschritt der Europäischen Gemeinschaften zur Supranationalität als notwendiges föderalistisches Element anzuerkennen, versuchte die Europa-Union immer wieder, mit Plädoyers durch aufgeschlossene eidgenössische Parlamentarier – sie waren nicht sehr zahlreich –, vor allem aber durch prominente Ausländer, der Sache zu dienen.

Da sprach wiederum vor vollbesetztem Musiksaal Robert Schuman, der «Vater Europas», der ein vereintes Europa den soliden Kern der zukünftigen politischen Struktur der Welt nannte und den Schweizern zu bedenken gab, daß auf die Dauer ein wirtschaftlicher Zusammenschluß nicht ohne ein Minimum an politischer Integration möglich sei. Ihm sekundierten der brillante französö-



Musiksaal

«Tag der Völkerverständigung»

Das Signet auf den Flaggen ist das aus Motiven des Schweizerkreuzes und des Lothringerkreuzes gebildete Doppel-E (mit Spiegelbild) der «Einigung Europas», Abzeichen der Europa-Union



Plaketten von Medailleurin Hedwig Frei

sische Cicero des Europa-Rates, Professor André Philip, sowie René J. Pleven, der als französischer Minister 1950 eine europäische Armee vorgeschlagen hatte, Salvador de Madariaga, einst mit Giuseppe Motta, Aristide Briand, Gustav Stresemann und Eduard Benesch Frontkämpfer des Völkerbundes, und warnten vor Preisgabe von Freiheit an bloße Friedensillusionen. Außenminister Brentano als Exponent der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie Minister Prof. Carlo Schmid betonten den politischen Sinn der europäischen Integration und kennzeichneten das Zustandekommen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als politischen Willensakt. Präzis erklärte Professor Walter Hallstein als Präsident der EWG-Kommission die Funktionen der Gemeinschaft, die Art der Willensbildung, die keineswegs den größeren Staaten einen Vorrang gibt. Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde der Außenminister der Niederlande, I. M. A. H. Luns, in Basel angehört, als er der skeptischen Schweiz versicherte, daß sich der kleine Staat in der Gemeinschaft durchaus als Gleicher unter Gleichen fühle und daß noch nie bei einer Entscheidung große gegen kleine Staaten gestanden haben. In ihrer Eigenschaft als Vertreter eines kleinen neutralen Staates erschienen in Basel als überzeugende Fürsprecher der europäischen Einigung der österreichische Bundeskanzler Dr. h. c. Leopold Figl und der Außenminister und heutige Bundeskanzler Bruno Kreisky. Als regierender Bürgermeister Berlins war der heutige Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Willy Brandt, besonders berufen, die Dringlichkeit der europäischen Einigung nachzuweisen, und eine begeisterte Zuhörerschaft bereitete ihm eine eindruckliche Sympathiekundgebung.

Trotz allen Rückschlägen, die Frankreich, das Land der europäischen Pioniere, unter General de Gaulles nationaler Politik der europäischen Sache bereitete, setzt die Europa-Union als Europäische Bewegung der Schweiz in Basel immer wieder starke Akzente, ermutigt auch durch klare Stellungnahmen in Basel wirkender Gelehrter, überzeugt, daß die Zeit für eine freiheitliche Bundesordnung in Europa arbeite, sofern sie genützt werde. «Auf kleinstem Raum verwirklichte die Schweiz diese Freiheit in ihrem Föderalismus, der

wie ein Modell möglicher europäischer und Welteinheit erscheinen kann», schreibt Karl Jaspers (Vom Ursprung und Ziel der Geschichte). Die Europa-Union war sich zwar stets dessen bewußt, daß sie bei allen rationalen Überlegungen und Plänen immer wieder mit irrationalen Gegenkräften zu rechnen hat. Den Realitäten der alten nationalen Traditionen einerseits und des internationalen Aufeinanderangewiesenseins in der modernen Welt andererseits wird aber nach ihrer Überzeugung die föderalistische Synthese gerecht.

Die Sorge um die Zukunft Europas kann nicht einfach auf Politiker und Experten abgeschoben werden. Im Sinne C. G. Jungs ebenso wie des Heidelberger Professors Georg Picht, des Autors von «Mut zur Utopie», gilt es, einen Bewußtseinswandel zu vollziehen, der jeden mündigen Bürger befähigt, an der Willensbildung teilzunehmen, die unsere Zukunft gestaltet. Da jeder mithandelt, ob er will oder nicht, ist auch jeder zum Mitdenken verpflichtet. Wenn Jacob Burckhardt vor hundert Jahren hier in Basel die russische Nation «seit hundertfünfzig Jahren eine der stärksten Maschinen, welche jemals zur Weltherrschaft in Bewegung gesetzt worden sind» nannte, so erinnert diese Formulierung daran, daß diese Maschine, heute mit modernster Technik vervollkommenet und im Begriff, Europa zu Land und zur See zu umzingeln, im Grunde einem alten, jedoch ideologisch neu verbrämten Machtkonzept folgt. Was für ein Schicksal dabei einem Volk mit langer westlicher Tradition bereitet wird, zeigen die Ereignisse in der Tschechoslowakei von Tag zu Tag aufs neue. Da erinnern wir uns an die Mahnung Winston Churchills am Schluß des Europa-Kongresses in Den Haag, als ein Gewitter über der niederländischen Residenz tobte: «Wir hörten den Donner — es ist Zeit für Europa, sich zu einigen, um sein Schicksal selbst zu bestimmen!»

In einem Klima, das an die Bedrohung Europas durch den Nationalsozialismus erinnert, wird Basel weiterhin ein aktives Zentrum der Europa-Bewegung bleiben, der Europa-Bewegung, die nach konstruktiven Lösungen zur Sicherung der freien Selbstbestimmung und des wirtschaftlich-sozialen Fortschrittes auf Grund der nach wie vor großen Ressourcen Europas strebt.